

PRÄSIDENT IGNAZ WALTER SIEHT LICHT AM ENDE DES TUNNELS

„Mehr Mut zu Public-Private-Partnership!“

Die Ausführungen des Präsidenten des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie, Prof. Dr. h.c. Ignaz Walter, in der Jahresauftaktbesprechung in Berlin gipfelten in der Feststellung: „Als Realist sehe ich erstmals für 2003 Licht am Ende des Tunnels, nachdem ich in den vergangenen Jahren jedem, der dies sagte, entgegen hielt, dann sei er in einem falschen Tunnel oder es komme ihm eine Lokomotive entgegen!“

Vorerst wenig Hoffnung auf Trendwende

Zu Beginn des Jahres 2003 gebe es allerdings nur wenig Hoffnung auf eine baukonjunkturelle Trendwende, wofür Walter die anhaltende Wachstumsschwäche der deutschen Wirtschaft, das angeschlagene Vertrauen gewerblicher Investoren in den Standort Deutschland, die Investitionszurückhaltung von Bund, Ländern und Gemeinden und die Eintrübung der Einkommenserwartungen der privaten Haushalte ebenso verantwortlich macht wie die restriktive Kreditpolitik der Banken: „Sie sind übervorsichtig bei der Vergabe von Krediten, so dass die mittelständischen Unternehmen zu wenig Kapital haben.“ Als tödlich für die deutsche Bauwirtschaft bezeichnete Wal-



Hauptverband-Präsident Ignaz Walter: „Wir sind auf steuerpolitischen Irrwegen.“

besteuert selbstständige Steuersubjekte sind) und Projektentwicklungen (wie den Berliner Flughafen) in die „roten Zahlen“ drücken würden: „Unseres Erachtens ist die Mindestbesteuerung nicht nur ein Fremdkörper in unserem Steuersystem, sie wirft auch erhebliche verfassungsrechtliche Probleme auf. Wenn

der Vorschlag eine Mehrheit im Bundestag und Bundesrat finden sollte, werden wir nicht zögern, ihn vom Bundesverfassungsgericht überprüfen zu lassen.“

Es wäre ein Novum und ein unhaltbarer Zustand, wenn der Staat auf der einen Seite Gewinne besteuere und auf der anderen Seite Verluste ignoriere, kritisierte Walter. Deshalb appellierte er an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, den „steuerpolitischen Irrwegen des Bundesfinanzministers Eichel“ nicht zu folgen: „Branchen, die – wie die deutsche Bauwirtschaft – aus steuerrechtlichen Gründen mit schwankenden Erträgen zu kämpfen haben, können diese Steuerpolitik nicht überleben.“

Ohne Bauwirtschaft keine Volkswirtschaft

Zur Überwindung der Krise in allen drei Bereichen des Baumarktes, dem Wohnungsbau in einer Flaute ohne Ende, dem von der Krise erfassten Wirtschaftsbau und dem durch Kommunen in Finanznot gekennzeichneten öffentlichen Bau macht der Hauptverband mit Blick auf die Volkswirtschaften unserer Nachbarländer, die mit ähnlichen Anpassungsproblemen zu kämpfen hatten, einige Vorschläge:

1. Verwaltungsprozesse verein-

fachen – Genehmigungsverfahren beschleunigen!

- Ausweitung des Verkehrswegeplanungsgesetzes auf die alten Bundesländer,
- Vereinheitlichung des Bauordnungsrechts,
- Streichung des Verbandsklagerechts im Naturschutzgesetz.

2. Ruinösen Wettbewerb bekämpfen!

- Qualifizierungssysteme einführen, d.h. Bauunternehmen vor Markteintritt auf ihre Fachkunde, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit prüfen.

3. Mehr Mut zu Public-Private-Partnership!

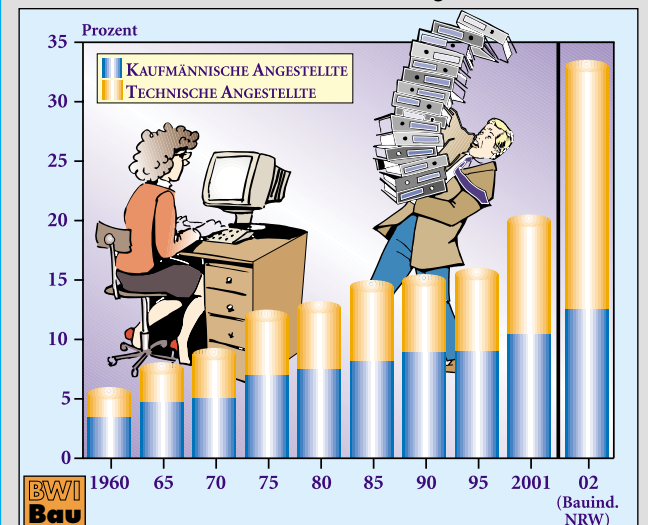
- Einbeziehung privaten Kapitals und Know-hows in den Bau von Verkehrsweegen oder in die Realisierung von Schul- und Krankenhausprojekten.

Hierzu führte Walter aus, die Politik habe inzwischen begriffen, dass sie nicht weiter Investitionsrückhalt betreiben dürfe. Weil es ohne eine funktionierende Bauwirtschaft auch keine funktionierende Volkswirtschaft gebe, erwarte er in Kürze eine Infrastrukturinitiative, die mit privater Finanzierungsunterstützung auch wieder zu mehr Arbeitsplätzen am Bau führen dürfte. **H. Be**

BAUBLATT-GRAFIK DES MONATS

Entwicklung der Angestelltenquote in Bauunternehmen

Anteil der Angestellten (einschl. der Auszubildenden) an den Gesamtbeschäftigten



Die Angestelltenquote im Bauhauptgewerbe ist in den letzten Jahrzehnten stetig angestiegen: Zählten 1960 gerade 5,7 % der Baubelegschaften zu dieser Gruppe, waren es im Juni 2001 bereits 20,0 %. Somit zählt mittlerweile jeder fünfte Mitarbeiter im Bauhauptgewerbe zu den Angestellten. In den letzten Jahren lag die Zunahme des Angestelltenanteils allerdings nur darin begründet, dass hier der Beschäftigtenabbau geringer ausfiel als im gewerblichen Bereich. In der Bauindustrie gehört heute schon jeder dritte Beschäftigte zu den Angestellten (vgl. rechte Säule in der Grafik mit Angaben für Nordrhein-Westfalen). Der Unterschied zwischen der Bauindustrie und dem gesamten Bauhauptgewerbe liegt insbesondere im deutlich höheren Anteil technischer Angestellter in der Bauindustrie begründet. Datenquelle: Statistisches Bundesamt; BWI-Bau

ERFREULICHE BILANZ FÜR 2002:

Deutlich weniger Unfälle in der Baustoff-Industrie

Die Zahl der anzeigepflichtigen Arbeitsunfälle in der deutschen Baustoff-Industrie ist im vergangenen Jahr um 1865 auf nunmehr 8159 Fälle gesunken. Das entspricht einem Rückgang von mehr als 18 Prozent. Dieser erfreuliche Trend ergibt sich aus der gerade vorgelegten vorläufigen Jahresbilanz über Unfälle und Berufskrankheiten im Bereich der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft (StBG). Die StBG betreut als gesetzliche Unfallversicherung 175 000 Versicherte in den 6200 Unternehmen der Branche.

Ebenfalls günstig verläuft die Entwicklung bei den schweren Arbeitsunfällen, die zu neuen Rentenzahlungen führen und langfristig Kosten verursachen. Hier verzeichnet die StBG mit 275 neuen Fällen in 2002 einen

Rückgang um 1,43 Prozent. Der positive Trend in diesem Bereich wird vor allem bei der Betrachtung der Zahlen seit 1995 deutlich: In diesem Zeitraum hat sich die Anzahl der schweren Unfälle nahezu halbiert.

Gemeinsame Prävention lohnt sich

„Es zeigt sich immer mehr, dass die gemeinsamen Präventionsanstrengungen von StGB und Unternehmen der Baustoff-Industrie Früchte tragen – zum Wohle der Menschen, aber auch zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit in den Betrieben“, sagt der Leiter des Geschäftsbereiches Prävention, Helmut Ehnes. Der positive Trend lässt sich auch für die Wegeunfälle aufzeigen. Hier sind bei einem Minus von fast 20

Prozent gegenüber 2001 nur noch 38 neue Rentenfälle zu verzeichnen. Die Anzahl der anzeigepflichtigen Wegeunfälle sank um 15,3 Prozent auf 646. Auch die Entwicklung im Bereich der nicht anzeigepflichtigen Wegeunfälle verlief mit einem Rückgang um 13,6 Prozent auf nur noch 293 Fälle sehr erfreulich.

Durch Fahrerschulungen und Verkehrssicherheitstrainings will die StBG in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Verkehrssicherheitsrat die Sicherheit auf dem Weg zum Arbeitsplatz, aber auch insgesamt beim Umgang mit Fahrzeugen im Betrieb und auf den Straßen erhöhen. Diese Bemühungen zeigen in dem Abwärtstrend ebenfalls ihre Wirkung. Bei den neuen Berufskrankheiten-Renten sind in der Jahresbilanz mit 89 Fällen vier-

zehn weniger als im Vorjahr zu verzeichnen. Die Anzeigen auf Verdacht einer Berufskrankheit gingen um 13,8 Prozent auf 555 zurück.

Positiver Einstieg ins Jahr 2003

Insgesamt sind im Jahr 2002 mit 16 972 Arbeitsunfällen über 11,5 Prozent weniger Unfälle als im gleichen Zeitraum des Vorjahres zu verzeichnen. Mit dem positiven Einstieg in das Jahr 2003 setzt sich der Trend der letzten Jahre fort. „Die jetzt veröffentlichten Zahlen sind die beste Basis, um die gemeinsamen erfolgreichen Anstrengungen von Arbeitgebern, Arbeitnehmern und StBG fortzusetzen und weiter zu intensivieren“, so Ehnes gegenüber der Presse.

FORTSETZUNG VON SEITE 1:

Jahreswirtschaftsbericht: Dokument der ...

Daneben steht die „nachhaltige Finanzpolitik“, was nichts anderes bedeutet als eine Fortführung der nur auf die Ausgabenseite des Haushalts orientierten Sparpolitik.

„Konsolidierung fortsetzen – Steuerrecht modernisieren“ ist ein weiteres Stichwort. Wie man dies macht, sei am Beispiel Wohnungsbau aufgezeigt.

Wohnungsbau soll weiter „konsolidiert“ werden

Die „Konsolidierung“ des Wohnungsbaus soll fortgesetzt werden mit dem „Abschmelzen der Förderung des Wohnungsbaus“ und der „Hilfen für den sozialen Wohnungsbau“.

Sozial ausgewogen und ökologisch sinnvoll sei dieser Abbau, so

heißt es. Von Arbeitsmarkt- und konjunkturpolitischen Folgen ist nicht die Rede. Die Beispiele lassen sich in dieser Form fortsetzen, wenn es in den Folgekapiteln um die Einschränkung der Verlustverrechnung geht oder um die Besteuerung der privaten Veräußerungsgewinne bei nicht eigen genutzten Immobilien. Zustimmung möchte man gern den Ausführungen zu den Stichworten „Deregulierung“ und „Bürokratieabbau“. Nur: Davon ist seit vielen, vielen Jahren die Rede, ohne dass es wirklich durchgreifende Schritte gegeben hätte. Eher ist das Gegenteil der Fall. Das Vergaberecht sei nur als ein besonderes erschreckendes Beispiel genannt.

Im Blick auf die neuen Länder ist die Aufstockung der Mittel für

Rückbau- und Stadtumbaumaßnahmen positiv zu registrieren. Positiv sicher auch das große Engagement in Sachen Wiederaufbau nach dem Hochwasser. Zufrieden stellend die Eckdaten für das Zukunftsprogramm Mobilität, auf dessen Grundlage bis Ende des Jahrzehnts immerhin 90 Milliarden Euro in den Infrastrukturausbau, insbesondere den weiteren Ausbau des Straßennetzes fließen sollen.

Verhaltener Optimismus beim Straßennetz-Ausbau

Wenn privat finanzierte Objekte hinzukommen und auch die Mittel aus der Autobahnmaut, wie erwartet, reichlich fließen, dann darf man in diesem Teilsektor mit

einer noch relativ günstigen Entwicklung rechnen. Davon profitiert allerdings nur ein relativ kleiner Teilausschnitt der wirtschaftlichen Szene.

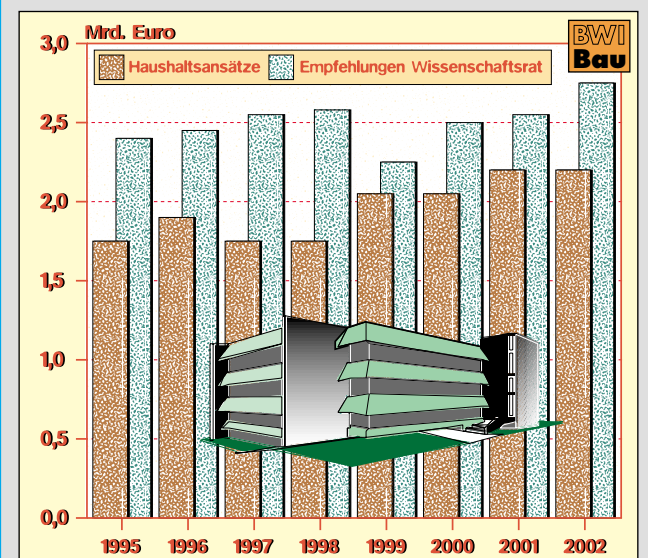
Der Eingangssatz des Jahreswirtschaftsberichts 2003 lautet: „Zu Beginn dieses Jahres steht Deutschland vor entscheidenden wirtschafts- und finanzpolitischen Weichenstellungen. Es geht vor allem darum, die Wachstumsdynamik der Wirtschaft zu beschleunigen und die Voraussetzungen für mehr Beschäftigung zu verbessern.“

Wie das ohne eine zumindest sich langsam wieder stabilisierende Bauwirtschaft geschehen soll, bleibt eines der Geheimnisse der Verfasser dieses Berichts.

Martin Conrads

Hochschulbau bleibt hinter Bedarf zurück

Jährlicher Finanzbedarf und Haushaltsansätze seit 1995



Der gemeinsame Hochschulbau von Bund und Ländern steckt in der Krise. Ein wachsender Teil des als notwendig anerkannten Investitionsbedarfs kann aufgrund angespannter Haushaltslage nicht mehr zeitnah realisiert werden. Jahr für Jahr ist eine Unterfinanzierung festzustellen, wie ein Blick auf die Differenz zwischen Empfehlungen des Wissenschaftsrates und den Haushaltsansätzen von Bund/Ländern verdeutlicht. Dabei kommt den Hochschulen eine Schlüsselstellung für die Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft zu. Bröckelnder Putz und antiquierte Ausstattungen passen nicht zum Bild einer modernen und leistungsfähigen Hochschule, die auch international attraktiv und wettbewerbsfähig sein soll. Insgesamt lässt sich anhand der Länderanmeldungen derzeit ein Investitionsbedarf von über 19 Mrd. Euro im Hochschulbau belegen. Datenquelle: Wissenschaftsrat

SÜDAFRIKANISCHE HOCHTIEF-BETEILIGUNG CONCOR:

Aufträge für 40 Mio. €

Die südafrikanische Hochtief-Beteiligungsgesellschaft Concor Limited Johannesburg hat einen Auftrag für zwei Infrastrukturprojekte in Sambia im Wert von insgesamt 40 Mio. Euro erhalten. Das Unternehmen wird für den Bau einer 800 Meter langen Brücke sowie als Führer einer internationalen Arbeitsgemeinschaft (Concor-Anteil 50 Prozent) für die Instandsetzung einer 200 Kilometer langen Straße verantwortlich sein. Dabei wird Concor von Hochtief beraten. Bei-

de Projekte gehören zur Straßenverbindung zwischen Livingstone in Sambia und dem nördlichen Teil von Namibia oberhalb der Viktoriasee.

Die Mittel für den Auftrag werden von der Kreditanstalt für Wiederaufbau bereit gestellt. Die Bauarbeiten sollen zwei Jahre dauern.

Hochtief ist mit knapp 50 Prozent an Concor beteiligt. Das Unternehmen hat 2001 mit etwa 5800 Mitarbeitern eine Leistung von mehr als 150 Mio. Euro erbracht.